

Presseschau 18.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru, Gebietszeitung Sewastopol

Ukraine allgemein / Russland:

- Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Montagabend den Erlass „Über die Anerkennung der Republik Krim“ unterzeichnet, laut dem sie als unabhängiger Staat anerkannt wird, teilte der Pressedienst des russischen Präsidenten mit.
- Als eine politische Erpressung hat die Vorsitzende des Föderationsrates (Oberhaus), Valentina Matwijenko, die von den USA gegen sie und weitere russische Politiker verhängten Sanktionen bezeichnet.
„Die Verhängung von Sanktionen gegen russische Amtspersonen höchsten Ranges, und Beamte, die ihre Staatsfunktionen ausführen, ist ein beispielloser Beschluss, etwas in der Art hat es nicht einmal in den Jahren des Kalten Krieges gegeben“, wird Matwijenko vom Pressediensts des Föderationsrates zitiert. Es handelt sich um politische Erpressung, um die Dinge bei ihrem Namen zu nennen.“
Matwijenko betonte, dass sie weder Konten, noch Aktiva, noch Eigentum im Ausland hat und dort auch keine Geschäfte betreibt. Deshalb stellen die Sanktionen gegen sie einen Versuch dar, ihre „prinzipienfeste Position“ unter Druck zu setzen.
„Ich möchte die Politiker in Übersee daran erinnern, dass ich Vorsitzende des Oberhauses des russischen Parlaments und nicht des US-Senats bin. Ich werde die nationalen Interessen Russlands und nicht die geopolitischen Interessen des Westens weiterhin verteidigen. Niemandem wird es gelingen, uns einzuschüchtern, mit welchen Drohungen auch immer. Das ist kontraproduktiv. Der einzige Weg ist der Weg des Dialogs und der Verhandlungen unter Berücksichtigung nicht nur der eigenen Interessen, sondern auch der Interessen des ukrainischen Volkes und Russlands.“
- Die Abgeordneten der Duma wandten sich heute mit einem Schreiben an Obama, in dem sie fordern, ebenfalls in die Liste der Sanktionierten aufgenommen zu werden.
- Die Sanktionen des Westens gegen russische Beamte rufen Ironie und Sarkasmus hervor, sagte Assistent des russischen Präsidenten, Juri Uschakow, am Dienstag Journalisten.
- Die Republik Transnistrien, die sich von Moldawien für unabhängig erklärt hatte, bittet, eine Möglichkeit für die Eingliederung der nicht anerkannten Republik in die Russische Föderation in der russischen Gesetzgebung vorzusehen. Vorsitzender der russischen Staatsduma Sergej Naryschkin erhielt einen entsprechenden Antrag im Namen des Obersten Rates der nicht anerkannten Republik Transnistrien. Der Antrag wurde vom Vorsitzenden Michail Burla geschickt.
2006 stimmten 97,2 Prozent der Teilnehmer am Referendum 2006 für die Eingliederung in die Russische Föderation ab. Ein Verfassungsgesetz über die Anerkennung der russischen Gesetzgebung als Teil der von Transnistrien wurde

bereits in der ersten Lesung verabschiedet. Russisch wurde zur Amtssprache erklärt, in Transnistrien wohnen 200.000 russische Bürger.

- Der Wechselkurs des russischen Rubels ist nach dem Krim-Referendum über den Beitritt zu Russland gestiegen, schreibt die Zeitung "RBC Daily" am Dienstag
- Der ukrainische Regierungschef Arsenij Jazenjuk hat alle paramilitärischen Milizen im Lande aufgerufen, ihre Waffen abzugeben. Der Appell richtet sich offenbar auch an die Kämpfer des ultranationalistischen „Rechten Sektors“, der die Waffenabgabe ablehnt.
Der Leiter des „Rechten Sektors“ Dmitri Jarosch, den Russland wegen Terroraufrufen international zur Fahndung ausgeschrieben hat, lehnt laut Medien eine Entwaffnung seiner Kämpfer ab.
- Arsenij Jazenjuk verspricht Entwicklung der Beziehungen zu Russland, breitere Vollmachten für Regionen und keine Infragestellung des Nato-Beitritts
- Putin-Rede vor der Föderationsversammlung:
Ich kann verstehen, warum sich Menschen in der Ukraine Veränderungen wünschten. In den Jahren der Unabhängigkeit hatten sie genug von der Macht. Präsidenten, Regierungschefs, Deputierte wurden gewechselt, das Verhältnis dem Volk gegenüber blieb aber dasselbe – die Ukraine wurde einfach gemelkt... Ich verstehe diejenigen, die mit friedlichen Losungen auf den Maidan gingen. Diejenigen aber, die hinter den jüngsten Ereignissen in der Ukraine stehen, verfolgen andere Ziele. Sie bereiteten einen Staatsumbruch vor. Randalie, Terror, Morde wurden ihre Mittel....
Die Einwohner der Krim und die von Sewastopol haben sich an Russland um die Verteidigung ihres Rechts auf sicheres Leben gewandt. Sie im Stich zu lassen, wäre einfach ein Verrat gewesen.

Was die Albaner im Kosovo dürfen, wird aus irgendwelchen Gründen den Russen, Ukrainern und Tataren auf der Krim verboten -
Der russische Präsident Wladimir Putin hat in seiner Ansprache an die Föderationsversammlung die Begründung des Westens für die Anerkennung von Kosovo und die Nichtanerkennung der Krim kommentiert:
Ihm zufolge hat der Westen ein entsprechendes Dokument selbst zusammengestellt und ist nun empört.
Putin zitierte die Deklaration, die von den USA in Bezug auf die Situation in Kosovo verabschiedet worden war. Das Dokument räumte ein, dass die Unabhängigkeitsdeklarationen die innere Gesetzgebung der Länder verletzen können, dennoch bedeute dies nicht, dass dabei auch das internationale Recht verletzt wird. „Sie haben das selbst geschrieben, der ganzen Welt verraten und sind nun empört. Worüber?“, fragte Putin.

Russlands Präsident Putin wendet sich an die USA und Europa, darunter Deutschland, mit der Bitte, die Wahl der Krim-Bevölkerung zu unterstützen. Der Präsident hofft, dass die Deutschen den Wunsch des russischen Volkes verstehen, die Einheit am Beispiel der deutschen Wiedervereinigung wiederherzustellen.

Putin: „Wir sind nicht nur enge Nachbarn, sondern ein Volk. Kiew ist die Mutter der russischen Städte. Ohne einander können wir sowieso nicht auskommen. In der Ukraine lebten und leben Millionen Russen, Russland wird immer hinter ihren Interessen stehen.“

„Alles hat seine Grenzen, im Fall der Ukraine haben unsere westlichen Partner die Grenze überschritten und sich grob, verantwortungslos und unprofessionell

verhalten“, sagte Putin in seiner Rede vor der Föderationsversammlung. Die westlichen Partner verstanden Putin zufolge sehr gut, dass in der Ukraine und auch auf der Krim Millionen Russen leben. „Inwiefern soll man die politische Hellhörigkeit und jedes Maß verlieren, um alle Folgen seiner Handlungen nicht voraussehen zu können. Russland steht nun an der Schwelle und kann niemals mehr zurücktreten“, sagte Putin.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich bei den ukrainischen Militärs für ihre Selbstbeherrschung auf der Krim bedankt, wo es zu keiner bewaffneten Konfrontation gekommen war.

- Russland und die Krim haben am Dienstag einen Vertrag über die Eingliederung dieser ukrainischen Schwarzmeerhalbinsel und der Stadt Sewastopol in die Russische Föderation unterschrieben.
- Die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner hat erinnert, dass in der UN-Charta das Recht der Völker auf Selbstbestimmung festgelegt wird und dass diese Norm für alle Länder gilt.
- Kasachstan hat Verständnis für die Entscheidung der Krim bekundet.
- Nach dem Beschluss über die Wiedervereinigung der Krim mit Russland hat die ukrainische Partei Udar von Boxweltmeister Vitali Klitschko die Regierung in Kiew aufgefordert, die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abzubrechen.
- In der Rada der Ukraine wurde der Antrag auf **Verbot der Kommunistischen Partei** eingebracht.
- Der Vorsitzende der KP dagegen stellte den Antrag, allen Regierungsmitgliedern müsse der Besitz von Geldern in ausländischen Banken verboten werden.
- In der Rada wurde der Antrag auf Aufnahme in die EU eingebracht.

Krim:

- Auf der Krim wird es drei gleichberechtigte Sprachen geben: Russisch, Ukrainisch und Krim-Tatarisch. Die Rehabilitierung der Krim-Tataren muss abgeschlossen werden – Putin.
- “Die Übergabe der Krim wurde größtenteils als eine schlichte Formalität aufgenommen, weil es sich damals um eine Übergabe im Rahmen eines Staates handelte. Beim Zerfall der UdSSR verstand man kaum, wie dramatisch die Ereignisse waren. Die Meisten glaubten, die GUS werde die UdSSR ersetzen, das blieb aber nur ein Versprechen. Das russische Volk wurde das größte getrennte Volk weltweit“, sagte Wladimir Putin
- Die maritimen Grenzsoldaten verlassen die Krim und werden in andere Einheiten integriert.
- Das **ukrainische Verteidigungsministerium** hat im Zusammenhang mit dem Tod eines Soldaten auf der Krim seinen auf der Halbinsel stationierten Truppen den **Einsatz von Schusswaffen genehmigt**. Das geht aus einem Befehl des Generalstabschefs und des kommissarischen

Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte hervor, teilte das Verteidigungsministerium am Dienstag auf seiner Internetseite mit. Zuvor hatte die Agentur Kriminform unter Berufung auf Quellen im Innenministerium der Krim gemeldet, dass ein Scharfschütze in Simferopol einen Angehörigen der Selbstverteidigungskräfte getötet und zwei weitere verletzt hatte. Außerdem wurde ein ukrainischer Militärangehöriger getötet. Die Schüsse kamen aus einer Richtung, wie es auch bei den Maidan-Protesten der Fall war. Das Innenministerium der Krim schließt eine Provokation nicht aus.

- Die radikale Bewegung des Maidan hat den Aufbau von Partisaneneinheiten für den Kampf mit Russland verkündet.

Süd-Ostukraine:

- In Odessa wurde der Aktivist der Solidaritätsveranstaltung für das Krim-Referendum , Anton Dawidschenko, überfallen und nach Kiew verschleppt. Der Bruder des Entführten berichtete, Männer mit Masken und Waffen hätten Anton beim Verlassen eines Gebäudes überfallen und in einen Kleinbus gezerrt. Andere hätten Warningschüsse abgegeben. Die örtliche Staatsmacht wusste von dieser Aktion nicht. In Kiew wird Dawidschenko des Separatismus und Landesverrats angeklagt.

Der Vorsitzende der ukrainischen Partei „Heimat“, der unter Janukowitsch im Gefängnis gesessen hatte, nannte das Verschleppen von oppositionellen Veranstaltungen Repression, die Meinungsfreiheit verhindern sollte.

Protestierende belagern seit 24 Stunden die öffentlichen Gebäude in Odessa und fordern die Freilassung des Oppositionsführers. Mit der Miliz zusammen bewachen Mitglieder der Nationalgarde diese Gebäude.

In den Tagen zuvor waren schon Oppositionsführer in Charkow und Donezk verhaftet worden.